



## FRAKTIONEN DES REGIONALRATES DÜSSELDORF

An den  
Vorsitzenden des Regionalrates  
der Bezirksregierung Düsseldorf  
Herrn Landrat Hans-Jürgen Petrauschke  
Cecilienallee 2  
40474 Düsseldorf

18. Juni 2015

### **Resolution des Regionalrates Düsseldorf zu den Plänen der Bundesregierung für einen geplanten nationalen Klimabeitrag**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir bitten Sie, die in der Sitzung des Regionalrates am 17. Juni 2015 beschlossene Resolution an die Landesregierung weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dirk Brügge  
Geschäftsführer  
der CDU-Fraktion

gez.  
Jörn Suika  
Geschäftsführer  
der FDP-Fraktion

gez.  
Klaus Bechstein  
Geschäftsführer  
der SPD-Fraktion

### **Resolution des Regionalrates Düsseldorf zu den Plänen der Bundesregierung für einen geplanten nationalen Klimabeitrag**

Das Eckpunktepapier „Strommarkt“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit der darin enthaltenen Forderung, einen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Minderungsbetrages des Stromsektors in Höhe von 22 Mio. Tonnen durch eine Emissionsabgabe zu sichern, die im Wesentlichen die Braunkohle-Kraftwerke betrifft, hat im Rheinischen Braunkohlenrevier und in der gesamten Region zu erheblicher Verunsicherung in der Wirtschaft und der Bevölkerung geführt.

Die Landeregierung NRW u.a. setzen sich dafür ein, dass Strukturbrüche ebenso vermieden werden wie Einschränkungen in der Versorgungssicherheit oder ein stark ansteigender Strompreis. Davon wären dann auch das produzierende Gewerbe und die Industrie betroffen.

Vermehrte Anstrengungen zum Klimaschutz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien sind zum Gelingen der Energiewende notwendig. Es ist jedoch klar, dass fossile Energieträger – in unserer Region die heimische Braunkohle – auf absehbare Zeit ein wichtiger Bestandteil des Energiemixes und der Energieversorgung sein werden. Die Gewinnung und Verstromung von Braunkohle ist ein essentieller Bestandteil der Wirtschaftskraft der gesamten Region.

Hierbei sollte insbesondere der Vorschlag, dass Kraftwerke bei Unterschreitung eines bestimmten Effizienzniveaus lediglich für die Versorgungssicherheitsreserve zur Verfügung stehen in den Blick genommen werden. Einen entsprechenden Vorschlag hat die Landesregierung in ihrer umfassenden Stellungnahme unterbreitet. Wir halten es auch für unverzichtbar, dass am Ziel, die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf 25 % an der Stromerzeugung auszubauen, unverändert festgehalten wird.

Vor dem genannten Hintergrund fordert der Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf die Landesregierung auf, sich in den weiteren Gesprächen mit der Bundesregierung weiterhin für ein Gesamtkonzept einzusetzen, das Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen berücksichtigt.